

DOSSIER

SCHOUL DOHEEM

The Kids Are Not Alright

Isabel Spigarelli

Schulunterricht zu Hause ist nicht für alle Schüler*innen machbar. Unter den weniger privilegierten Kindern und Jugendlichen befinden sich auch junge Asylbewerber*innen. Ihre Situation ist vor allem auf psychischer Ebene alarmierend.

Schulunterricht zu Hause? Weltweit stehen Schüler*innen - teilweise zusammen mit ihren Erziehungsberechtigten, die ihnen helfend zur Seite stehen müssen - vor der Herausforderung, Lerninhalte zu Hause abzuarbeiten und sich digital mit ihren Lehrkräften zu vernetzen. Nach einer Umfrage des Bildungsministeriums ist der Heimunterricht sowohl für die Mehrheit des Personals als auch für die Erziehungsberechtigten nach einer Eingewöhnungsphase inzwischen kein Problem mehr. Schüler*innen wurden seltsamerweise nicht befragt. In einem Gespräch mit einer Gymnasialschülerin stellte sich jedoch heraus, dass die Arbeitsabläufe vereinzelt noch nicht fließend sind und die Kommunikation zwischen den Lehrkräften und den Schüler*innen nicht durch die Bank optimal erfolgt. Es lässt sich dennoch ein gewisser Konsens feststellen: Analoges Unterrichts ist immer noch besser, digital läuft es aber auch.

„Läuft“ für die Durchschnittsbürger*innen und Schüler*innen in Luxemburg, die ökonomisch und sozial gut aufgestellt sind. „Läuft“ für die Erziehungsberechtigten, die den Luxus haben, von zu Hause aus zu arbeiten. Für diejenigen, die die Unterrichtssprachen beherrschen und deren Haushalt technisch für Heimunterricht ausgestattet ist. Für Kinder und Jugendliche, um die sich gekümmert wird, sowohl während als auch vor oder nach Krisenzeiten. Doch was ist mit den anderen? Mit denen, die

unter prekären Umständen leben? Die woxx stellte bereits im Online-Beitrag „Vom Privileg, sich und andere zu schützen“ fest, dass sich Privilegien durch die Corona-Krise nicht in Luft auflösen. Die Situation ist für alle schwer? Ja, eindeutig. Trotzdem haben manche ein schwereres Päckchen zu tragen als andere. Das gilt auch für Kinder und Jugendliche. Die Einzelschicksale sind vielseitig. Besonders kritisch ist die derzeitige Situation für minderjährige Asylbewerber*innen und junge Erwachsene, die in Flüchtlingsunterkünften leben.

Wer auf der Strecke bleibt

Karolina Markiewicz, Künstlerin und Lehrerin, unterrichtet Sozial- und Medienwissenschaften am „Lycée Technique du Centre - Kirchberg“ (LTC) in Luxemburg-Stadt. Ihre Schüler*innen: Unter anderem Min-

derjährige zwischen 13 und 17 Jahren, die kürzlich nach Luxemburg geflüchtet sind und sich noch im Asylverfahren befinden. Markiewicz betreut momentan acht Schulklassen. Das entspricht insgesamt 160 Schüler*innen. Die meisten von ihnen verfügen entweder selbst über ein Tablet oder erhalten eins von der Schule, um von Zuhause aus auf die Unterrichtsmaterialien zugreifen zu können. Das LTC ist grundsätzlich damit vertraut, den Schüler*innen Online-Material zur Verfügung zu stellen, und fördert das autonome Arbeiten mit den digitalen Inhalten, was man gemeinhin auch „umgedrehter Unterricht“ nennt. Allgemein und in Zeiten der Pandemie können allerdings nicht alle Schüler*innen gleichermaßen davon profitieren. „Die Internetverbindung in den Unterkünften für Asylbewerber*innen ist meistens schlecht“, sagt Markiewicz.

Digitales Lernen, Videoanrufe mit den Lehrkräften oder den Mitschüler*innen, die Nutzung von Apps - für viele fallen diese Optionen digitaler Interaktion und Unterrichtsteilnahme flach oder sind mit Ruckeln und Verzögerungen verbunden. Markiewicz denkt in dem Kontext laut nach - und zwar darüber, ob Internetanbieter bedürftigen Schüler*innen, unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrer Wohnsituation, nicht durch einen freien Internetzugang während Corona-Zeiten entgegenkommen könnten. Eine Geste der Solidarität, die allen weniger privilegierten Haushalten womöglich das Leben erleichtern würde. Es sind jedoch nicht allein die technischen Tücken, die Markiewicz Schüler*innen zusetzen. Diejenigen, die in Asylunterkünften leben - immerhin 40 Prozent ihrer Schüler*innen - verfügen selten über ein eigenes Zimmer oder andere

Unbeschwerte Kindheit und Jugend? Die sanitäre Krise weckt in manchen jungen Asylbewerber*innen alte Traumata.



Verschiedene Schüler*innen, wie beispielsweise junge Asylbewerber*innen, können den Heimunterricht nicht vollends nutzen.



COPYRIGHT: CC BY JON GRAIGNER SA 2.0

Rückzugsmöglichkeiten. Es fällt ihnen schwer, sich zu konzentrieren. Diese Konzentrationsschwierigkeiten sind aber nicht nur auf die räumlichen Umstände zurückzuführen, wie sich im Gespräch mit Markiewicz herausstellt. Am Ende sind sie womöglich noch das kleinste Übel, das die Minderjährigen und jungen Erwachsenen bewältigen müssen.

Panik unter jungen Asylbewerber*innen

„Ich weiß, dass es Kinder und Jugendliche in den Strukturen gibt, die zur Zeit krank sind, aber nicht wissen, wie und wo sie Hilfe erhalten können. In den Foyers leben auch Minderjährige, die körperlich schwach sind: Für sie ist der Coronavirus besonders gefährlich. Das muss man auch bedenken“, sagt Markiewicz. Jede involvierte Instanz gebe ihr Bestes, um zu helfen, doch sei es angesichts des reduzierten Personals und dem Management des eigenen Privatlebens schwer, die Situation ideal zu meistern. Auch auf emotionaler Ebene. „Die Situation in den Unterkünften ist alarmierend“, sagt Markiewicz. „Auch dort herrschen verständlicherweise die Maßnahmen der Regierung, wie etwa das Einhalten eines Sicherheitsabstands von zwei Metern. Eine Umarmung ist nicht drin. Das ist besonders hart für Minderjährige, die unbegleitet nach Luxemburg geflüchtet sind. Sie leiden stark unter der sozialen Isolation.“

Nach Angaben von Eurostat lag der Anteil minderjähriger Asylbewerber*innen in Luxemburg 2018 bei insgesamt 25 Prozent. Fast zehn Prozent von ihnen kamen unbegleitet nach Luxemburg. Markiewicz, die ständig in engem Kontakt zu ihren Schüler*innen steht, spricht derweil

von mehreren psychologischen Notfällen. Viele der Kinder und Jugendlichen in den Unterkünften würden seit Ausbruch der Pandemie psychische Zusammenbrüche erleiden. Die einen verbinden die sanitäre Krise mit der Kriegssituation in ihrem Herkunftsland, der sie erst kürzlich entkommen sind, und nehmen den Krisenzustand als Vorzeichen eines baldigen Kriegsausbruches. Andere glauben, die Pandemie selbst verschuldet zu haben. Manche versetzt jede Mitteilung von Bildungsministerien, die zu ihnen durchdringt, in Panik: Es reihen sich Fragezeichen an Fragezeichen über den weiteren Verlauf der Situation, über die Auswirkungen der ministeriellen Entscheidungen auf ihr persönliches Schicksal. Markiewicz und ihre Kolleg*innen versuchen in Chats und durch Telefongespräche zu vermitteln, inwiefern sich internationale Beschlüsse auf Luxemburg beziehen und was den Schüler*innen hierzulande bevorsteht.

Sind diese Sorgen auf eine mangelhafte Kommunikation des luxemburgischen Bildungsministeriums zurückzuführen? Markiewicz unterscheidet zwischen den ersten und den nachfolgenden Reaktionen des Ministeriums: „Das Bildungsministerium hat zunächst schnell auf die Situation reagiert, wenn nicht sogar schneller als andere Ministerien, und sich gut organisiert. Es fehlen jedoch jetzt klare Ansagen zum weiteren Verlauf, was die Schüler und das Personal verunsichert. Ich weiß aber, dass auf Hochtouren an Lösungen für die weiteren Schulwochen gearbeitet wird. Unsere Direktionen stehen in ständigem Kontakt mit Vertretern des Ministeriums.“ Nach dem Interview mit Markiewicz wurde bekannt, dass die Schulen voraussichtlich bis zum 4. Mai 2020 geschlossen bleiben.

Helfen, aber wie?

Doch selbst wenn die Kommunikationsstrategie der Regierung klappt - und inzwischen mehrsprachig ausgelegt ist - gibt es immer noch viele Familien in den Asylunterkünften, die die eingebundenen Sprachen nicht oder nicht gut genug beherrschen, um aus der Informationswust schlau zu werden. Nach dem Ausbruch der sanitären Krise und der Vorstellung der schulischen Maßnahmen, waren laut Markiewicz Übersetzer*innen in den Unterkünften, um die Bewohner*innen möglichst in ihrer Landessprache über die Ereignisse aufzuklären. Angesichts der Tatsache, dass sich die Informationen seitdem täglich überschlagen und sowohl das Personal in den Foyers als auch die Übersetzer*innen aus den unterschiedlichsten Gründen kürzer treten müssen, ist eine dauerhafte, aktualitätsbezogene Versorgung mit lokalen Informationen jedoch nicht gegeben. „Natürlich brauchen wir generell mehr Übersetzer“, sagt Markiewicz, „doch es ist klar, dass wir die nicht einfach herbeizaubern können.“

Ihre Kolleg*innen und sie versorgen die Schüler*innen bestmöglich mit Informationen zur Schule sowie fast rund um die Uhr mit anderen erfragten Informationen. Die Betreuung psychisch angeschlagener Minderjähriger könne man allerdings nicht unvermittelt übernehmen, betont Markiewicz. Nicht umsonst gibt es für Heranwachsende Hotlines wie das „KannerJugendTelefon“ (KJT) oder neuerdings auch den telefonischen Beratungsservice vom „Centre psycho-social et d'accompagnement scolaires“ (Cepas). Dass sich Minderjährige in Zeiten großer Unsicherheit lieber einer ihnen bekannten Person, wie etwa der Lehrkraft, anvertrauen

wollen, ist jedoch nachvollziehbar. Markiewicz selbst holt sich Hilfe und Beratung bei Psycholog*innen, um ihre Schüler*innen kompetent unterstützen zu können.

Die Ausnahmesituation, in der sich die Gesamtbevölkerung momentan befindet, weist einmal mehr auf die Dringlichkeit eines politischen und gesellschaftlichen Systemwandels hin. Die sanitäre Krise bringt sicherlich Konflikte hervor, die es so vorher nicht gab, doch sie legt auch den Finger in offen klaffende Wunden. Eine davon ist die zähe Asylprozedur, die Einzelpersonen und Familien in prekäre Lebenssituationen drängt. Eine andere ist der Umgang mit weniger privilegierten Minderjährigen, deren Erziehungsberechtigten nicht über die finanziellen Mittel, die Zeit, den nötigen Bildungsgrad oder die für den Unterricht relevanten Sprachkenntnisse verfügen, um sie zu unterstützen. Nicht zu vergessen, ist auch die Tatsache, dass es Kindern und Jugendlichen allgemein psychisch zunehmend schlechter geht: Das Thema wurde unter anderem letztes Jahr im Zuge der Diskussionen über die zunehmende Gewaltbereitschaft von Grundschüler*innen gegenüber Lehrkräften aufgegriffen.

Nach Redaktionsschluss gab Bildungsminister Claude Meisch in einer Pressekonferenz Informationen zum weiteren Verlauf des Schuljahres.